

»Heimat und Zukunft in einem neuen Licht«

Interview mit Pfarrer Philip Kiril Prinz von Preußen über seine Predigt auf dem Deutschlandtreffen und vieles mehr

Beim ökumenischen Gottesdienst, dem ersten Programmpunkt des diesjährigen Deutschlandtreffens der Ostpreußen in Kassel, hält Pastor Philip Kiril Prinz von Preußen die Predigt. Der 1968 in Eutin geborene Vater von sechs Kindern ist ein Enkel von Louis Ferdinand von Preußen und der erste Sohn von dessen erstem Sohn, Friedrich Wilhelm von Preußen, und der Bürgerlichen Waltraud Freytag. Im Interview mit der PAZ spricht der Hohenzoller und Theologe über seinen verschlungenen Weg ins Priesteramt, das schwierige Verhältnis zu seiner Familie sowie Werte und Monarchie. Die Fragen stellte Rebecca Bellano.

PAZ: Sie predigen beim Deutschlandtreffen der Ostpreußen. Wissen Sie schon, was das Thema Ihrer Predigt sein wird?

Philip von Preußen: Mein Thema wird, angelehnt an das Motto des Treffens „Ostpreußen hat Zukunft“, voraussichtlich sein: Heimat und Zukunft 2.0 – oder für die Älteren: Heimat und Zukunft in einem neuen Licht.

PAZ: Sie haben erst Jura und dann Lehramt studiert. Was bewegte Sie dazu, dann doch den Beruf des Pastors zu erwählen?

Philip von Preußen: Mein Wahlspruch lautet, salopp formuliert, seit ich mit 18 Jahren Christ wurde: „Ich bin im Auftrag des Herrn unterwegs.“ Da kannte ich den Film „Blues Brothers“ noch gar nicht. Ich wollte also immer Gott mit meinem Leben dienen. Auch mit meinem Beruf. Christen sind ja von ihrem Herrn, Jesus – dem Sohn Gottes, aufgerufen, Menschensfischer zu sein. Das wollte ich immer nebenher tun. Letztlich habe ich Gott so verstanden, dass ich dieses „Hobby“ doch noch zum Hauptberuf machen sollte. Das ist ja auch das Wichtigste für uns Menschen: die Frage nach der Ewigkeit. Jedenfalls sollte es das sein.

PAZ: Als Ur-Ur-Enkel von Kaiser Wilhelm II. entstammen Sie einer historisch bedeutenden Familie. Wie reagieren Ihre Mitmenschen auf Ihre Abstammung?

Philip von Preußen: Als Kind und Jugendlicher erlebte ich von Mitschülern und sogar einer Lehrkraft viele negative Reaktionen. Daher habe ich

bis zirka 24 meinen Namen eher versteckt und nur als „Philip Preußen“ studiert. Durch ein Schlüsselerlebnis und mit Gottvertrauen im Gepäck habe ich dann aber erkannt, dass mein Name, meine Herkunft Aufgabe und Chance bedeutet. Seitdem stehe ich zu meiner Herkunft und setze den damit verbundenen Aufmerksamkeitsfaktor als Hebel zur positiven Wertemultiplikation ein. Es gibt auch heute noch Menschen, die von negativen Vorurteilen bestimmt sind, wenn sie meinen Namen hören. Gerade auch in meiner Landeskirche habe ich den Eindruck, dass manche meiner Vorgesetzten einen Hohenzollern eher als Belastung sehen statt als große Chance. Und sicherlich gibt es vor allem im linken Spektrum der Gesellschaft nach wie vor einige Antipathien. Aber bei meinen Mitmenschen stoße ich meistens auf positive Offenheit und große Sympathien. Und spätestens wenn man mich persönlich kennenlernt, sind die meisten angenehm überrascht, weil ich ohne Dünkel daherkomme.

PAZ: In der Familie Ihres Vaters herrscht, nachdem dieser sein Erbe via Rechtsstreit erkämpft hat, obwohl er wegen der Ehe mit einer Bürgerlichen, Ihrer Mutter, von seinem Vater enterbt worden war, alles andere als Harmonie. Gibt es aber trotzdem so etwas wie Familientreffen, bei denen die gemeinsame Herkunft zelebriert wird?

Philip von Preußen: Mein Großvater Louis Ferdinand hat leider aufgrund seiner im Zwei-Klassen-Denken verhafteten Gesinnung entschieden, seine beiden ältesten Söhne wegen bürgerlicher Heirat – also dem, was heute üblicherweise als royale Märchenhochzeit in den europäischen Königshäusern ganz selbstverständlich ist – zu enterben. Das war überaus tragisch und töricht. Er hat dadurch nicht nur Ehen und Familien zerstört, sondern unbewusst auch die Axt an den Zusammenhalt des Hauses Hohenzollern gelegt. Dort, wo heute noch Familientreffen der Hohenzollern stattfinden, ist es ganz entge-

gen der Preußischen Maxime mehr Schein als Sein. Bestimmte Familienmitglieder, auch ich, werden systematisch ausgegrenzt und wurden über Jahre teilweise juristisch angegangen.

PAZ: Nach dem erzwungenen Rücktritt von Bundespräsident Christian Wulff machten Sie mit der Forderung, in Deutschland die Monarchie wieder einzuführen, Schlagzeilen. Stehen Sie auch jetzt noch hinter dem Vorschlag und wenn ja, warum?

Philip von Preußen: Am wichtigsten wäre mir, dass unser Land wieder Gott zu seinem Herzenskönig macht! Diesem Ziel gilt mein Engagement. Was aber die derzeit noch hypothetische Frage nach der Staatsform Monarchie angeht: Ja, natürlich! Es gibt viele gewichtige und zeitlos gültige Argumente dafür.

In der Kurzatmigkeit und steigenden Orientierungslosigkeit unserer Tage wirkt ein Königshaus als Garant von Stabilität und Beständigkeit. Schauen Sie auf unsere Bundespräsidenten seit 1949: Elf an der Zahl – und die beiden Vorgänger von Joachim Gauck traten vorzeitig zurück. Wenn wir demgegenüber nach England

Konsum – Kleidung von Kate und Baby-George regelmäßig ausverkauft – und Tourismus – Buckingham Palace – an!

Und dann die Aura einer Königsfamilie – was für ein Prestigeertrag für ein Land. Das entscheidende Argument ist aber: Nur eine Königsfamilie kann über Generationen hinweg das emotionale Vorbild sein, das uns in Deutschland so schmerzhaft fehlt. Die TV-Quoten bei den Hochzeiten der europäischen Königshäuser beweisen das. Und sind die Royals mal nicht so vorbildlich, wirkt auch das noch indirekt wertestabilisierend. Denn „bei Hofe“ achtet die Presse genau darauf, dass das Sehnsuchts-Ideal erfüllt werden möge: Eine glückliche Ehe und eine harmonische Großfamilie. Betrügt ein Royal seinen Ehepartner, ist das ein Skandal – und das ist gut so! Geht hingegen bei uns ein Minister fremd oder ist ein Bundespräsident wiederverheiratet – nachdem er, noch verheiratet mit der ersten Frau, seine Geliebte schon geschwängert hatte! – ist das angeblich egal oder gar modern. Wir brauchen die Monarchie gegen das emotionale Wertevakuum. Und gegen die demografische Krise: Was für ein Hype um Baby-George – und so geht das jedes

noch hinbekommen, implodieren wir: Die Sozialsysteme sind schon in Schieflage, Rente und Pflege werden bald einen GAU erleben; die Wirtschaft schrumpft durch Fachkräftemangel, Lehrlingsknappheit und sinkende Binnennachfrage; das Bildungssystem ächzt unter der Überalterung der Lehrer; die Pflegeberufe suchen händeringend Neueinsteiger. Kurz: Die demografische Krise ist die Mutter aller Krisen. Wenig Kinder zu haben mag modern sein – vor allem aber ist es hochgradig unvernünftig und das langfristig Unsolidarischste, was es gibt. d) Die Kinder bis zum dritten Lebensjahr selbst zu betreuen ist politisch verpönt, gilt als völlig veraltet. Aber was sagen Bindungsforscher und Kinderärzte? Exzessive Fremdbetreuung in den ersten Lebensjahren ist wegen des chronischen Stressfaktors eine akute Gefährdung des Kindeswohls; die diesbezüglichen US-Langfrist-Untersuchungen beweisen das überdeutlich. Ich empfehle allen jungen Eltern – und Großeltern – und erst Recht unseren Politikern, wenigstens einen unaufgeregten fachlichen Artikel dazu zu lesen: „Die dunkle Seite der Kindheit“, „FAZ“, 4. April 2012. e) Abtreibung gilt für viele als moderne Errungenschaft. Dazu sagt aber schon das Bundesverfassungsgericht deutlich: Sie kann zwar mittels Pflichtberatung straffrei bleiben, ist und bleibt aber in jedem Falle rechtswidrig! Was rechtswidrig ist, kann per se nicht gut sein, mag es auch noch so sehr modern genannt werden. Aber abgesehen vom Juristisch-Formalen: Sechs bis acht Millionen vor der Geburt getötete Kinder allein in den vergangenen vier Jahrzehnten, die ihrerseits keine Kinder bekommen konnten, das macht rund 20 bis 25 Millionen Menschen, die wir dadurch verloren haben, mehr als durch Ersten und Zweiten Weltkrieg zusammen. Das ist Raubbau an Deutschlands Zukunft. Die allermeisten wurden wegen „Sozialer Indikation“ abgetrieben. Also aus seelischer Belastung oder sozialer Notlage heraus. Was ist an einem System, einem Wohlfahrtsstaat bitteschön modern, der Abtreibungen finanziert, aber keine „Abtreibungswende“ zu stemmen bereit ist, etwa mit Milliardenaufwand für junge werdende Eltern, die vor der Frage stehen, ob ihnen das ungewollte Kind seelisch, finanziell oder karrieremäßig das Genick bricht? Nüchtern betrachtet geht unser sogenannter Wohlfahrtsstaat, weil es bequemer ist, seit Jahrzehnten über Leichen. Millionen von Leichen. Das ist ein unsäglicher moralischer Skandal. Da geht es nicht um altmodisch oder modern, da kann man nur rufen: Du sollst nicht töten. Du sollst dich kümmern!

PAZ: Legen Sie bei der Erziehung Ihrer sechs Kinder Wert darauf, ihnen ihre Abstammung zu verdeutlichen?

Philip von Preußen: Oh ja! Aber uns ist zuerst die „himmlische Abstammung“ wichtig! Wir erziehen sie mit Herzblut zum Glauben an Jesus, unseren Heiland. Auf dass sie Kinder Gottes werden und Ewiges Leben geschenkt bekommen. Unsere wichtigste Maßgabe in der Erziehung ist Jesu Verheißung: So sehr hat Gott die Welt geliebt, dass er seinen einzigen Sohn hingab, damit alle, die an ihn glauben, nicht verloren gehen, sondern ewiges Leben haben (Joh 3,16).

Die adlige Abstammung ist für uns zweitrangig. Denn Blaues Blut nützt einem beim jüngsten Gericht gar nichts – genauso wenig wie ein volles Bankkonto. In unserer Holsteinischen Heimat gibt es den Spruch: „Mehr als Holsteiner kann der Mensch nicht werden.“ Für uns haben wir den abgewandelt: Mehr als Himmelsbürger kann der Mensch nicht werden. Oder: Mehr als Christ kann der Mensch nicht werden.

Natürlich erfahren unsere Kinder auch, dass sie preussische Prinzen und Prinzessinnen sind. Aber erst kurz bevor sie jeweils eingeschult wurden. Da nehmen wir dann ein Bild vom Kaiser oder von Königin Luise und erklären: Das ist dein Urururgroßvater, deine sechsfache Urgroßmutter. Doch dann fügen wir hinzu: Aber vor Gott zählt das nicht. Er schaut uns ins Herz. Und vor ihm sind wir alle Sünder, die Vergebung durch Jesus brauchen. Und nur bei ihm finden wir Glück, Rettung und Ewiges Leben.

Abstieg der Grünen

Von THEO MAASS

Am ersten Montag dieses Monats veröffentlichte das Meinungsinstitut Forsa seine neueste Umfrage zu den Parteipräferenzen in Berlin. Die Grünen liegen bei 16 Prozent, zwei Punkte weniger als im März. Die Linkspartei hängt mit 15 Prozent nur knapp dahinter. Bei den letzten Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus war der Abstand (17,6 Prozent Grüne und 11,7 Prozent Linke) noch deutlich größer. Dabei waren die Wahlen zum für die angebliche Öko- und Friedenspartei schon eine große Enttäuschung gewesen, denn damals hatte man ja sogar nach dem Posten des Regierenden Bürgermeisters geschielt und wollte stärkste Partei werden.

Ein Markenzeichen der Hauptstadt-Grünen ist nicht erst seit gestern ihr Privatkrieg gegen Autofahrer. Wolfgang Wieland, 2001/02 Berliner Justizsenator, forderte schon 1985 eine „autofreie Stadt“. Renate Künast – zeitweilig als kommende Regierende Bürgermeisterin in Berlin gehandelt – hantierte im Wahlkampf mit der Forderung nach einem flächendeckenden Tempo 30 in der Stadt und wirtschaftete ihre Partei, der die Meinungsforscher zeitweise bis zu 30 Prozent eingeräumt hatten, auf das reale Ergebnis von 17,6 Prozent am 18. September 2011 runter.

Bei Kleinkindern ist es meist so, dass sie einen aufgedrehten Heizkörper nur einmal anfassen und danach in dem Wissen, dass man sich daran verbrennt, die Finger davon lassen. Bei den Grünen scheint das anders zu sein. Der Grünen-Stadtrat Jens-Holger Kirchner wollte dieser Tage ein ganzes Stadtviertel am Prenzlauer Berg für Autos mit Elektroantrieb reservieren und für alle anderen Wagen sperren. Das war selbst Bürgermeister Matthias Köhne von der SPD zu viel. Der grüne Mann fing sich eine „Klatsche“ ein und füllte die Spalten der Lokalpresse.

Aber weil gerade Europawahlkampf ist, wollte auch der grüne Europaabgeordnete Michael Cramer nicht abseits stehen und beglückte die Hauptstädter mit einer anderen neuen Verkehrsidee: Lkw statt Lkw lautete sein Vorschlag. Cramer will den für Handel und Wandel notwendigen Lkw-Verkehr auf Lastenfahräder umstellen.

Das Auftreten der Grünen in Berlin ist von langfristiger strategischer Bedeutung. Manche CDU-Funktionäre schielen nach einem möglichen Ende der Großen Landeskoalition mit der SPD zur Option „Schwarz-Grün“. Dafür sind sie bereit, das Profil der Spree-Union bis zur Unkenntlichkeit in Richtung Mitte-Links zu verwässern. Die Mühen der Selbstverleugnung könnten sich als vergeblich: Mit dem Abstieg der Grünen in den Umfragen ist Schwarz-Grün rechnerisch immer weniger realistisch. Stattdessen steuert Berlin – für den Fall eines Scheiterns der Großen Koalition – auf Rot-Rot-Grün zu.



Hätte Deutschland noch die Monarchie und sein Vater nicht bürgerlich geheiratet, wäre er heute Kronprinz: Philip Kiril Prinz von Preußen

Bild: privat

blicken: Queen Elizabeth II., die jüngst ihr 60. Kronjubiläum feierte. Über 60 Jahre Kontinuität und Stabilität! Sodann das Argument des nationalen Zusammenhalts: Belgien ist gespalten in Flamen und Wallonen, aber das Königshaus wirkt wie eine patriotische Klammer. In allen Monarchien erleben Sie das: Ein König, eine Königin eint das Land! Zustimmungen von Rechts und – etwas weniger – auch von Links, von Arm und Reich, von Alt und Jung. Jüngst erst wieder das Oranje-Fest, der Königstag in den Niederlanden: Ein Land taucht auf Straßen und Plätzen in die Farben des Königshauses und jubelt ihm zu. Und bei uns käme noch hinzu: Auch Ost und West würden dadurch emotional besser verbunden. Derzeit haben wir solche enge patriotisch-emotionale Verbundenheit nur auf den Fanmeilen zur WM oder EM alle zwei Jahre jeweils für einige wenige Wochen.

Mit einem König oder einer Königin wären wir auch schlagartig das leidige Thema Bereicherung im Amt los, das bei Wulff das Amt des Staatsoberhauptes so peinlich beschädigt hat. Das hat ein Monarch schlicht nicht nötig. Noch etwas Wirtschaftliches: Alt-Bundespräsidenten kosten nur, Könige kurbeln gleichzeitig

Mal, wenn ein Kronprinzenpaar frisch verheiratet ist und über die Jahre als junges Paar: „Wann bekommen sie endlich ein Kind? Ach ist es süß! Wann kommt das nächste?“ Das ist viel effektivere mediale Werbung für Kinder – die überdies nichts kostet – als alle Initiativpapiere oder Kampagnen der Familienministerin zusammen.

PAZ: Ihnen wird unterstellt, altmodischen Werten anzuhängen. Was erwidern Sie hierauf Ihren Gegnern?

Philip von Preußen: Was einem Land gut tut, ist nie altmodisch, sondern hochaktuell. Egoismus, Individualismus und Spaßgesellschaft sind zwar modern, aber kontraproduktiv. Selbstlosigkeit und langfristige Bindungsbereitschaft sind eher unattraktiv, aber sehr nötig. Nur ein paar Beispiele: a) Es ist gut, zu heiraten, weil das mehr Stabilität für die Partnerschaft garantiert – es ist kein Allheilmittel, aber es hilft. b) Es ist gut, in der Ehe treu zu sein und zusammenzubleiben. Fragen Sie mal die sitzen gelassenen Ehepartner und Kinder aus erster Ehe, zum Beispiel bei den Wulffs. c) Viele Kinder zu haben, ist out; aber mit den 1,4 Kindern pro Frau, die wir in unserem reichen armen Land